

Politik | Der Finanzausgleich ist nur ein Element in der Schwächung der Bergtäler und Bergdörfer

Die Walliser Bergdörfer verlieren auf der ganzen Linie

WALLIS | Nicht nur im Finanzausgleich, auch in der Regionalpolitik, in der Steuerpolitik und bei den Dienstleistungen haben die Bergdörfer die Zwei auf dem Rücken.

LUZIUS THELER

Wenn man vor einem halben Dutzend Jahren die Behauptung aufgestellt hätte, dass die Stadt Siders bald schon mehr an interkommunalem Finanzausgleich erhalte als jedes einzelne der Dörfer des Lötschentales, dann hätte man einen wohl als verrückt erklärt. Doch mit der Neuregelung des Finanzausgleichs ist genau das eingetreten. Siders erhält rund 435 000 Franken aus dem Finanzausgleich, Ferden 48 000, Kippel 112 000, Wiler 168 000 und Blatten 308 000.

Es läuft eine schleichende Zentralisierung

Doch der Finanzausgleich ist nur ein Aspekt, der die Bergdörfer «alt» aussehen lässt. In den vergangenen Jahrzehnten ist gleichzeitig mit der Forderung nach einer effizienten Verwaltung ein schleichender Zentralisierungsprozess abgelaufen, der von den Sekundarschulen über die Zivilstandsämter bis hin zu den Betriebsämtern praktisch alle Belange des Dienstleistungskorbes umfasst. Dass man wenigstens auf der Primarschulstufe den Anliegen der Berggemeinden einigermassen Rechnung getragen hat, geht ausgerechnet auf einen freisinnigen Staatsrat zurück, auf Claude Roch, der dafür sorgte, dass gerade in kleineren Gemeinden Schulhaus-Neu- und -Umbauten möglich wurden. Im Gleichschritt haben übrigens auch die Raiffeisenbanken

ihre Entscheidungszentren ins Tal verlagert, die Post baute bei den kleinen Postbüros wacker ab und gleich reihum wurden Bahnhöfe geschlossen und Postautolinien fusioniert.

Niedrigere Subventionen, höhere Abgaben

Dazu kommt: Während früher Subventionen abgestuft nach der Finanzkraft von Gemeinden ausgerichtet wurden, gibt es jetzt für den ganzen Kanton einen Einheitssatz. Man schert bei diesen Beihilfen eine kleine Berggemeinde über genau denselben Kamm wie eine Talgemeinde, die nicht mehr weiss, wie sie ihre goldenen Eierchen verstecken kann und die sich Wahlbedarf leistet. Diese Gleichmacherei hört aber dann auf, wenn es um Steuern und Gebühren geht. Weil sie finan-

ziell kurzatmig sind, müssen viele Berggemeinden einen bedeutend höheren Steuerkoeffizienten zur Anwendung bringen als die Talgemeinden und vor allem die grösseren Agglomerationen. Gleichzeitig können sich die Berggemeinden, die schon einen hohen Steuerfuss (1,3 oder 1,4; in Ausnahmefällen sogar 1,5) kennen, den vollen Ausgleich der Teuerung und damit die Ausmerzung der kalten Progression nicht leisten. Sie weisen einen tiefen Ausgleichsindex auf; sie «betrafen» damit ihre Steuerpflichtigen doppelt. Bald einmal wird es so sein, dass sich Dörfer Infrastrukturwerke wegen der verbleibenden hohen Restkosten selbst nach der Bewilligung eines kantonalen Beitrages gar nicht mehr leisten können, weil sie damit überfordert wären.

Doch statt nun den Finanzausgleich als Hebel für einen besseren Ausgleich zwischen Berg und Tal zu benutzen, setzt man nun mit einer ganzen Reihe von komplexen Kriterien und Bewertungen auf eine «Giesskanne», die auf der einen Seite den grösseren Ortschaften nicht entscheidend hilft, aber den Kuchen für die Berggemeinden

empfindlich schmälert. Gleichzeitig werden die Berggemeinden gezwungen, ihren Gebührenkorb voll zur Anwendung zu bringen. Dabei können die ständigen Einwohner zum Beispiel bei den Trinkwasser- und Abwassergebühren wegen der Gleichbehandlung nicht privilegiert werden; Steuern und Gebühren wiegen schwer.

Fusionen sind oft ein «Verlustgeschäft»

Fusionen bringen auf der einen Seite weniger Synergien, als man dies oft wahrhaben will. Auf jeden Fall sind die Kosten für die öffentliche Verwaltung und Dienstleistungen bisher in den meisten Fällen nach Fusionen kaum merklich zurückgegangen. Bei einigen Fusionsprojekten waren die finanziellen Perspektiven sogar so schlecht, dass Vorlagen nicht zuletzt aus finanziellen Überlegungen heraus scheiterten. Übrigens lässt sich diese Milchbüchleinrechnung selbst im Falle der Gemeindefusion Naters-Birgisch-Mund nachrechnen. Wenn diese Gemeinden für sich geblieben wären, hätte es für die einzelnen Haushalte wohl das Doppelte an Finanzausgleich gegeben.



Benachteiligt. Finanzausgleich, Steuern, Gebühren, Subventionssätze – die Berggemeinden werden im Wallis nicht besonders gefördert, das gehört ins Reich der Märchen.

FOTO WB

Versäumte Chancen | Viele Berggemeinden haben es verpasst, ihre Attraktivität zu steigern

Berggemeinden sind zu wenig attraktiv

OBERWALLIS | Die Unterlassungssünden des Kantons wiegen schwer. Doch auch die Berggemeinden haben Chancen verpasst.

In den vergangenen Jahren sind in den Talgemeinden des Oberwallis Tausende von Neuwohnungen entstanden. Zu einem stattlichen Teil werden sie von jungen Leuten gemietet oder gekauft, die einen eigenen Haus-

stand gründen. Auf der anderen Seite befinden sich unter den Käufern oder Mietern ältere Leute aus den Seitentälern. Sie suchen die Nähe zu den Kindern, die schon ins Tal gezogen sind, und zu den Dienstleistungen, die ihnen den Alltag und vor allem das Alter erleichtern. Die Berggemeinden bekommen wegen der «doppelten» Abwanderung ein riesiges Problem: Sie vergreisen, sie verlieren an Ein-

wohnern und damit beginnt ein Teufelskreis. Es lässt sich für viele Berggemeinden an einer Hand abzählen: Wenn dieser Trend so weitergeht, werden diese Dörfer nicht mehr überlebensfähig sein. Hier rächen sich die Sünden der Vergangenheit: Die meisten Gemeinden haben keine aktive Bodenpolitik etwa über Baulandzusammenlegungen betrieben. Es fehlt trotz grosser Bauzonen an verfü-

barem Bauland. Dazu werden kaum Wohnungen zur Miete angeboten. Viele Jüngere können sich den Bau eines Eigenheims nicht mehr leisten.

Dienstleistungen veraltet

Zudem sind manche Dienstleistungen der Gemeinden selber nicht auf die heutigen Bedürfnisse zugeschnitten. Der grösste Teil der aktiven Bevölkerung arbeitet im Tal. Aber von der

Poststelle über die Gemeindekanzlei bis hin zum Dorfladen sind die Öffnungszeiten meist so eingerichtet, dass man den Arbeitsplatz früher verlassen müsste, wenn man diese Dienstleistungen während der Woche in Anspruch nehmen will. Hier sind viele Bergdörfer und ihre Einrichtungen einfach zu wenig flexibel und nicht auf die Bedürfnisse ihrer Einwohner eingestellt. Das ist schade. lth